



Entwicklungsländer nicht im Stich lassen



Seit der Verabschiedung der Millenniumentwicklungsziele durch die Vereinten Nationen im Jahr 2000 konnten wichtige Fortschritte erreicht werden. Doch durch die aktuelle Verkopplung von Er-

nährungs- und Finanzkrise sind bereits jetzt wieder über 1 Milliarde Menschen von Hunger betroffen. Jeder Prozentpunkt des Wachstumsrückgangs in den Entwicklungsländern drängt etwa 20 Millionen Menschen zurück in Armut. Gleichzeitig bleiben Direktinvestitionen aus und dringend benötigtes Kapital wird aus Entwicklungsländern abgezogen. Dies gefährdet den Ausbau der Infrastruktur. Damit trifft das Versagen der internationalen Finanzsysteme die Schwächsten am härtesten.

Deshalb war es richtig und wichtig, dass die Bundesregierung entschieden hat, den Infrastrukturfonds der Weltbank mit 100 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II zu stützen. Damit können bestehende Infrastrukturprojekte gesichert und neue Investitionen in Entwicklungsländern ermöglicht werden. Davon profitiert auch Deutschland, denn die Krise ist nur

gemeinsam zu überwinden. Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul mahnte in einer Regierungserklärung am 29. Januar im Bundestag einen neuen globalen Pakt für das 21. Jahrhundert an. Dieser sollte ein globales Investitionsprogramm für die Ärmsten der Welt, die Umsetzung eines Grünen New Deal, den Abschluss der WTO-Runde – damit die Krise nicht zu Protektionismus führt –, die Förderung von Frauen, die Einbeziehung der Zivilgesellschaft, die Sicherstellung der Finanzen, neue Regeln für die Weltfinanzmärkte sowie gerechtere und handlungsfähige Institutionen beinhalten. Es zeigt sich jetzt auch um so deutlicher, wie wichtig es war, dass die SPD-Bundestagsfraktion den Ausbau von sozialen Sicherungssystemen in Entwicklungsländern auf die Tagesordnung gesetzt hat.

> Einen ausführlicheren Text zum Thema gibt es unter www.spdfraktion.de

Betreuung posttraumatischer Störungen

Immer mehr Soldatinnen und Soldaten sowie Zivilbeschäftigte der Bundeswehr verrichten durch die steigende Zahl der Auslandseinsätze ihren Dienst weit weg von ihren Familien und Freunden. Dies bringt besondere körperliche und seelische Belastungen mit sich. Leib und Leben der Bundeswehrangehörigen müssen sowohl beim Dienst im Inland als auch im Ausland geschützt werden. Dazu gehört auch die seelische Unversehrtheit.

Immer wieder kommt es bei Einsätzen zu traumatisierenden Situationen. Die darauf folgende Stressreaktion kann zur Entwicklung einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) führen. Die mittel- und

langfristigen Folgen davon sind u. a. Depressionen, Gereiztheit, Verschlussenheit oder auch Suchtprobleme. Dies kann bis zur Dienstunfähigkeit gehen. Betroffene werden in vier Bundeswehrkrankenhäusern behandelt. Darüber hinaus bestehen Kooperationen mit spezialisierten zivilen Ärzten und Einrichtungen. Damit hat die Bundeswehr bei den bisherigen Einsätzen gute Erfahrungen gemacht.

Dennoch besteht angesichts steigender Fallzahlen und absehbarer zukünftiger Einsatzszenarien Handlungsbedarf. Deshalb hat der Bundestag am 12. Februar einen von der SPD-Bundestagsfraktion initiierten Antrag beschlossen, der die Bundesregierung u. a. dazu auffordert:

- > eine zentrale Ansprechstelle innerhalb der Gesundheitsdienste der Bundeswehr zu Hilfsangeboten und Behandlungsmöglichkeiten für Betroffene und deren Angehörige zu schaffen.
- > psychosoziale Beratungsangebote innerhalb der Bundeswehr einzurichten, die von PTBS-Betroffenen und ihren Angehörigen auch anonym und telefonisch in Anspruch genommen werden können.
- > die vorhandenen und gegebenenfalls neuen Einrichtungen der Bundeswehr zu einem Kompetenz- und Forschungszentrum zur Behandlung von PTBS in der Bundeswehr zusammenzufassen.